

## Maas fordert die Freilassung von Demonstranten

Brüssel. Die Außenminister der EU-Staaten diskutieren an diesem Montag in Brüssel mögliche Reaktionen auf Russlands Aktionen gegen Alexei Navalny und seine Anhänger. In der vergangenen Woche hatten Vertreter der Mitgliedstaaten bereits neue EU-Sanktionen für die Festnahme des Oppositionsführers als realistische Option bezeichnet. Die Aktionen der russischen Behörden gegen Demonstrationen zur Freilassung von Navalny am Wochenende dürften den politischen Druck wieder erhöhen. Bürgerrechtlern zufolge wurden bei den Protesten am Samstag in über 100 russischen Städten mehr als 3.500 Menschen festgenommen. In Moskau und St. Petersburg schlugen und traten uniformierte Männer Demonstranten. Zum ersten Mal befanden sich auch Nawalnys Frau Julia und &hellip;



News

Brüssel. Die Außenminister der EU-Staaten diskutieren an diesem Montag in Brüssel mögliche Reaktionen auf Russlands Aktionen gegen Alexei Navalny und seine Anhänger. In der

vergangenen Woche hatten Vertreter der Mitgliedstaaten bereits neue EU-Sanktionen für die Festnahme des Oppositionsführers als realistische Option bezeichnet. Die Aktionen der russischen Behörden gegen Demonstrationen zur Freilassung von Navalny am Wochenende dürften den politischen Druck wieder erhöhen.

Bürgerrechtlern zufolge wurden bei den Protesten am Samstag in über 100 russischen Städten mehr als 3.500 Menschen festgenommen. In Moskau und St. Petersburg schlugen und traten uniformierte Männer Demonstranten. Zum ersten Mal befanden sich auch Nawalnys Frau Julia und sein Kollege Lyubov Sobol vorübergehend in Polizeigewahrsam in Russland. Viele Mitarbeiter von Nawalny wurden vor den Protesten festgenommen und zu mehreren Tagen Haft verurteilt.

Bundesaußenminister Heiko Maas forderte die sofortige Freilassung der verhafteten Anhänger des Kremlkritikers. „Auch nach der russischen Verfassung hat jeder in Russland das Recht, seine Meinung zu äußern und zu demonstrieren“, sagte der SPD-Politiker am Montag bei Konsultationen mit EU-Kollegen in Brüssel.

Lesen Sie weiter nach der Anzeige

## **Maas: Russland hat sich der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet**

Das Land hat sich zur Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet. Daher wird erwartet, dass diejenigen, die friedlich protestierten, sofort freigelassen werden.

Der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Nils Schmid, plädiert für eine Verschärfung der Sanktionen und eine

Erhöhung des Drucks auf diejenigen, die vom Regime profitieren

„Die EU muss den Druck auf die sofortige Freilassung von Nawalny und anderen Inhaftierten aufrechterhalten. Die EU-Sanktionen gegen diejenigen, die für schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen wie Einreiseverbote und Kontosperrungen verantwortlich sind, sollten verschärft werden. Das wäre ein wichtiges Zeichen“, sagte Schmid gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

## **„Machen Sie Nordstream 2 nicht zu einem Härtetest“**

„Es ist auch wichtig, nicht nur Beamte und Politiker zu betrachten, sondern auch diejenigen, die vom System profitieren, wie Oligarchen. Die Maßnahmen gegen Geldwäsche müssen verschärft werden. Und bestehende Regeln müssen besser genutzt werden, beispielsweise durch mehr Personal bei den zuständigen Behörden.“

Das lohnt sich, denn es würde die Machtelite an einem besonders schmerzhaften Punkt treffen. „Falls erforderlich, müssten die nationalen Gesetze geändert werden, um beispielsweise die Verfolgung von Immobilientransaktionen zu vereinfachen“, sagte Schmid.

Der SPD-Politiker lehnte es ab, die umstrittene North Stream 2-Gaspipeline als Hebel im Fall Navalny einzusetzen. „Der Fall Navalny ist kein deutsch-russisches Problem, sondern ein Problem zwischen Russland und der internationalen Gemeinschaft sowie europäischen Standards. Wir sollten North Stream 2 nicht zum Härtetest machen“, sagte er.

## **Östliche Mitgliedstaaten wegen Sanktionen**

Der EU-Außenminister Josep Borrell bedauerte am Wochenende die zahlreichen Verhaftungen, den unverhältnismäßigen Einsatz

von Gewalt und die Einschränkung der Internet- und Telefonverbindungen.

Östliche Mitgliedstaaten wie Estland, Litauen und Lettland fördern eine schnelle und klare Reaktion auf Russland in der EU. Andere sind jedoch vorsichtiger und wollen abwarten, ob Navalny länger festgehalten wird. Eine endgültige Entscheidung über neue Sanktionen wird daher diesen Montag nicht erwartet. Der nächste Prozess gegen Navalny ist für den 2. Februar geplant.

## **Nawalny wurde bei seiner Rückkehr festgenommen**

Nawalny wurde am vergangenen Montag in Russland in einem umstrittenen Expressverfahren zu 30 Tagen Haft verurteilt, weil er in früheren Strafverfahren angeblich gegen die Registrierungsanforderungen verstoßen hatte. Der Oppositionspolitiker hatte zuvor beschlossen, in sein Heimatland zurückzukehren, obwohl er dort im August Opfer eines Angriffs mit dem Neurotoxin Novichok wurde, das als chemische Waffe verboten ist.

Wegen des Angriffs auf Nawalny, der damals in Deutschland verhandelt wurde, hatte die EU bereits im vergangenen Jahr Personen, die im Verdacht standen, in der Nähe von Präsident Wladimir Putin verantwortlich zu sein, Einreise- und Eigentumsverbote auferlegt. In Brüssel wird davon ausgegangen, dass Regierungsbehörden in Russland hinter dem Angriff stehen. Nawalny selbst sieht einen „Killertrupp“ des russischen Geheimdienstes FSB auf Putins Befehl hinter dem Angriff am 20. August. Putin und der FSB bestreiten die Vorwürfe. Russland will sich nicht in innere Angelegenheiten einmischen und hat auf die EU-Sanktionen mit Einreiseverboten gegen Vertreter des deutschen Regierungsapparats reagiert.

## **Klare Forderungen des Europäischen**

# Parlaments

Die Beziehungen zur Türkei und zu Großbritannien sind weitere Themen des EU-Außenministertreffens. Es wird auch eine Videokonferenz mit dem japanischen Außenminister Toshimitsu Motegi geben. Für Deutschland wird Bundesaußenminister Heiko Maas voraussichtlich an den Gesprächen in Brüssel teilnehmen.

Video

Tausende von Festnahmen bei Demonstrationen von Navalny in Russland

Der 44-jährige Regierungskritiker Navalny befindet sich in 30 Tagen Gefängnis, weil er angeblich gegen die Bewährungsauflagen verstoßen hat. © Reuters

Das Europäische Parlament stellte klare Forderungen an die Diskussionen über den Fall Navalny und die Demonstrationen. Der CSU-Politiker und EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber erklärte gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), die EU-Außenminister sollten sich nicht länger „ducken“ und es allgemeinen Berufungen überlassen. Die Tatsache, dass die russische Führung versucht, die aufkeimenden Proteste zu verkürzen, ist nicht akzeptabel.

## Hör auf mit Nord Stream 2 zu reden

Weber sprach sich ausdrücklich dafür aus, den Geldfluss von Putins Anhängern im Ausland zu unterbrechen. Ebenso muss ein Stopp des umstrittenen Nord Stream 2-Pipeline-Projekts „auf dem Tisch bleiben“.

Prominente russische Oppositionelle, die ins Ausland geflohen waren, hatten ebenfalls weitere EU-Sanktionen gefordert. „Jagen

Sie sie, folgen Sie ihrem Geldfluss“, sagte der ehemalige Schachweltmeister Garry Kasparov von Putins Oligarchen und Freunden. Die Gesetze sind bereit, das Vermögen von Putins Milliardärsfreunden im Westen einzufrieren.

Nach den manchmal schweren Zusammenstößen am Wochenende wurden in Moskau mehrere Strafverfahren gegen Demonstranten eröffnet. Sie werden der Gewalt gegen Staatsvertreter beschuldigt, sagten die Ermittler am Sonntagabend.

**Inspiziert vom LVZ Newsticker -> Zum kompletten Artikel**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**